

Die Jugendarbeitslosigkeit ist schweizweit und in Basel-Stadt Besorgnis erregend. Sie liegt mit 7.7 Prozent weit über der Gesamterwerbsquote von 4.3 Prozent. Es muss sogar von noch höheren Zahlen ausgegangen werden, da nicht alle Jugendlichen gemeldet und als Arbeitslose erfasst sind. (Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz/Zug/Aargau).

Drei Risikofaktoren reduzieren die Chance der Jugendlichen eine Stelle zu finden:

Nationalität: Ausländische Jugendliche sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos. Sie stammen oft aus bildungsfernen Schichten, das schweizerische Schulsystem allein vermag den Bildungsrückstand nicht zu kompensieren. Zudem erfahren junge Ausländerinnen oft direkte Diskriminierungen, weil die Arbeitgeber trotz guter Schulnoten schweizerische Schülerinnen bevorzugen.

Schulleistungen: Schlechte Schulleistungen erschweren sowohl die Lehrstellensuche wie die Integration in den Arbeitsmarkt.

Berufserfahrung: Trotz guter Schulbildung werden Jugendliche aufgrund mangelnder Berufserfahrung weniger berücksichtigt. Dabei wird vergessen, dass viele junge Erwerbstätige auf dem neuesten Bildungstand und hoch motiviert sind, ihre Fähigkeiten einzubringen.

Entsprechend diesen Risikofaktoren betrifft die Arbeitslosigkeit einerseits 15-19 jährige Jugendliche beim Schulabgang und andererseits die 20 bis ca. 24 jährigen jungen Erwachsenen bei Ausbildungsende. Unterstützende Angebote müssen entsprechend differenziert auf diese unterschiedlichen Situationen eingehen.

Die nicht erfolgte Integration der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt bewirkt eine Mehrbelastung der Sozialwerke, Mehrausgaben im Gesundheitsbereich und künftige Mindereinnahmen bei den Steuern. Neben diesen volkswirtschaftlichen Faktoren führt die Perspektivenlosigkeit der Jugendlichen zur Vergrösserung der sozioökonomischen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft, zu sozialem Unfrieden und kann bei zunehmender Desintegration und einseitig repressiven Massnahmen zu gewaltvollen Eskalationen wie aktuell in mehreren französischen Grossstädten führen.

Die Anzugstellenden halten die Angebotsüberprüfung, Ergänzung und Koordination von Massnahmen zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit für eine vordringliche politische Aufgabe und bitten den Regierungsrat möglichst bald zu prüfen und zu berichten,

- 1.) Ob eine Stelle innerhalb der Departemente beauftragt werden kann, welche eine Übersicht der Angebote für die verschiedenen Zielgruppen erstellt und diese laufend aktualisiert;
- 2.) Wie die Steuerung und Koordination der Angebote sichergestellt und initiative Anbieter aus Wirtschaft und privatem Umfeld sinnvoll involviert werden können;
- 3.) Welche Lücken aufgrund der erstellten Angebotsübersicht sichtbar werden und welche weiteren Massnahmen sich aufgrund derer aufdrängen;
- 4.) Ob Bedarf und Angebot insbesondere im Bereich der niederschweligen, entlöhnten Arbeitsangebote und der Attestlehren aktuell übereinstimmen;
- 5.) Ob neben den traditionellen Freizeitangeboten für 14-18 jährige Jugendliche und jungen Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren eine Tagesbeschäftigungsstruktur zur Verfügung gestellt werden kann;
- 6.) Wie ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um bei festgestellten Lücken neue Angebote zu schaffen.

Martina Saner, Gabi Mächler, Roland Engeler, Bernadette Herzog-Bürgler, Philippe Pierre Macherel, Christine Keller, Doris Gysin, Daniel Wunderlin, Fabienne Vulliamoz, Gülsen Oeztürk, Heidi Mück, Anita Lachenmeier-Thüring, Urs Müller, Michael Martig, Tobit Schäfer, Claudia Buess, Bruno Suter, Noëmi Sibold, Martin Lüchinger, Jörg Vitelli, Sibille Benz Hübner, Gisela Traub, Eveline Rommerskirchen, Michael Wüthrich, Beat Jans, Francisca Schiess, Sibylle Schürch, Jan Goepfert, Hermann Amstad, Brigitte Strondl, Anita Heer, Brigitte Hollinger, Talha Ugur Camlibel, Tino Krattiger, Brigitta Gerber